

Senftenberger Anzeiger

Nachrichtenblatt und Anzeiger für den Niederlausitzer Industriebezirk, insbesondere für den Amtsgerichtsbezirk Senftenberg
Fernsprech-Anschlüsse: Senftenberg 498 und 510, Ruhland 207, Dittand 48, Lautawerk 221



Lageszeitung für Stadt und Land
Publications-Organ für die Reichs-, Staats- und Kommunal-Behörden
Geschäftsstelle: Senftenberg N.-L., Am Markt Nr. 11
Druckerei: Laugkstraße Nr. 19

Verlag und Rotationsdruck von Gebrüder Grubanns Buchdruckerei in Senftenberg, Ruhland und Dittand - Mitglieder des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger
Redaktion: Senftenberg, Laugkstraße 19 - Berliner Redaktion: Berlin SW 61, Blücherstraße 12 - Fernruf: Baurwald 5011

104. Nr. 1933

Erhalten 500. monatlich (einer Sonn- und Feiertag). Bezugspreis für den Geschäfts- und den Einzelhandel wöchentlich 20 Pf., einzelne Nummern je nach Umfang 10 und 15 Pf., Abonnements 1,80 RM. Durch den Zeitungsboten frei ins Haus geliefert monatlich 20 Pf., mehr durch die Post freibleibend.

Freitag, den 5. Mai 1933

Anzeigenpreise: Die empfindliche Wählereinstellung über dem Raum 9 Pf. bei letzten Anzeigen 6 Pf., für amtliche Anzeigen 20 Pf., im Restamt 20 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Anzeigen mit Zusatzlieferung oder Kleinanzeigen 20 Pf. mehr. Kleine Anzeigen werden vorher zu entrichten.

58. Jahrgang

Bei Wiederholungen von Anzeigen wird Rabatt gewährt. Bei größeren und öfteren Aufträgen Umständen nach festlegenden Zeit. Der Rabatt ist nur bei Berechnung innerhalb 10 Tagen gültig. Bei späterer Zahlung und bei Konturen erfolgt der Rabatt nur für unendlich gedruckte Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher konnte Ergebnisse der Anzeigen an bestimmten Tagen und Tagen wird keine Gewähr übernommen. Anzeigenentnahme bis 9 Uhr vormittags, für größere Anzeigen am Tage vorher. Unbefristet einzahlbare Raumpreise werden, wenn kein Rückporto beigefügt ist, nicht zurückgeliefert. Am Falle von höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsänderung oder der Besieger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Wege zur neuen Wirtschaftsordnung.

Die berufsständische Sozialordnung

Eine Chefbesprechung der Reichsregierung — das heißt eine Besprechung der beteiligten Minister ohne Teilnahme von Beratern — beschäftigte sich mit der Aufstellung von Richtlinien für eine berufsständische Sozialordnung. An der Besprechung nahmen teil: Reichsminister v. Papen, Reichsarbeitsminister Selbte, Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk, Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister Dr. Hugenberg, Reichsverkehrsminister Freiherr v. Helldorf, Reichsminister für die besetzten Gebiete v. Helldorf, Reichsminister für die besetzten Gebiete v. Helldorf, Reichsminister für die besetzten Gebiete v. Helldorf.

Die Umstellung der bisherigen Verordnungen von Landwirtschaft, Industrie und Handel, von Arbeitern, Bauern, Angehörigen und Gewerbetreibenden in berufsständische Gliederungen unter gemeinsamer Zusammenfassung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern verlangt naturgemäß eine Neugestaltung der sozialen und der Arbeitsrechtsverhältnisse.

Reichsstand des deutschen Handels.

Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels fasste in ihrer Mitgliederversammlung den Entschluss, sich mit dem Reichsverband des Deutschen Groß- und Überschandels, mit dem Reichsverband ambulanter Gewerbetreibender Deutschlands und mit dem Centralverband der Handelsvertretervereinigungen Deutschlands zum Reichsstand des deutschen Handels zusammenzuschließen. Führer des Reichsstandes des deutschen Handels ist der Reichsführer des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes Dr. von Kretsch.

In einer weiteren Entschliessung erwartet die Hauptgemeinschaft endlich die Verwirklichung der dringendsten Forderungen des deutschen Einzelhandels, Änderung der Gewerbeordnung, Regelung der Verkaufszeiten sowie eine allgemeine Sperre der Eröffnung neuer Verkaufsstellen.

Der Ausbau der Arbeitsfront.

Der D. S. V. hat die Führung der Angestelltenfälle. Die Pressestelle des Aktionsausschusses zum Schutze der deutschen Arbeit veröffentlicht folgende Mitteilung: „Nach ausgiebiger freundschaftlicher Aussprache zwischen dem Leiter des Aktionsausschusses zum Schutze der deutschen Arbeit, Dr. Ley, und dem Vorstandsvorsitzenden des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Mitsch, erklärt der D. S. V. sich freudig bereit, am Ausbau der Arbeitsfront mitanzuhelfen.“

Der Vorsitzende des Aktionsausschusses, Dr. Ley, hat an den Verbandsvorsitzenden des D. S. V. einen Brief geschrieben, in dem es heißt: „Ich habe mich über die übereinstimmende der Gedankengänge im Ausbau der Angestelltenfälle innerhalb der großen Arbeitsfront gefreut. Es ist mir selbstverständlich und wohl dem gesamten deutschen Volke klar, daß der D. S. V. durch seine muster-gültige Organisation und Einrichtung vor allen Angestelltenverbänden den größten Erfolg zu verzeichnen hat. Ich werde als vernünftiger Mensch nicht hingehen und die vom Misserfolg gekränkte Organisation, etwa des A. F. B. und des vorzüglichen Verbandes des D. S. V. aufzutrotzen, sondern im Gegenteil, ich bitte Sie und Ihren gesamten Verband, die Führung in der neuaufzubauenden Angestelltenfälle zu übernehmen.“

Nach dem Eintritt des D. S. V. in die deutsche Arbeitsfront gibt das Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit folgende Erklärung heraus:

„Die deutsche Arbeitsfront steht. Die Reihen der deutschen Arbeiter und Angestellten haben jetzt ein großes unerschütterliches Bollwerk. Die Arbeit beginnt unter der Leitung der nationalsozialistischen Führer zum Wohle des ganzen Volkes und zum Segen der deutschen Arbeiter- und Angestelltenklasse für ein freies Deutschland in nationaler Freiheit und sozialistischer Gerechtigkeit.“

Auftragsbelegung durch

Arbeitsdienstpflicht.

Zu Reichsarbeitsministerium fand eine Besprechung statt, die das im Ausmaß befindliche Wirtschaftsamt für den Arbeitsdienst einberufen hatte. Gegenstand der Be-

sprechung, an der die Vertreter der interessierten Verbände der Industrie und des Handwerks teilnahmen, war die Frage der künftigen Beschäftigungsorganisation für die Aufstellung der Arbeitsdienstpflichtigen. Oberst a. D. Sierl wies darauf hin, daß die Wirtschaft nicht unerhebliche Vorteile durch die Aufträge für den Arbeitsdienst zu haben werde. An Stelle der vielen, oft wenig leistungsfähigen Träger des Dienstes im freiwilligen Arbeitsdienst trete jetzt der Staat; an die Stelle der vielen verschiedenen bisertigen Uniformen und Trachten, die oft in ganz kleinen Mengen abgenommen würden, trete die staatliche Arbeitsdiensttracht, die in steigenden Massen in Auftrag gegeben werden würde. Allerdings sei allergrößte Sparmaßstab notwendig. Einmal sei von vornherein sehr scharf zu betonen: Mit den bösen Gepflogenheiten der Nachkriegszeit wurde rücksichtslos gebrochen worden, vielmehr gälte für den Arbeitsdienst die strengen Gesetze eines sauberen Staates. Unernehmer, Handwerker und Arbeiter sollten von der Beschaffung gleichberechtigter Vorteile haben.

Verstärkte Arbeitsbeschaffung durch die Reichsbahn.

39 Millionen Mark für Elektrifizierung. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn stellt sich in vollem Umfang hinter den von der Reichsregierung verkündeten Grundgedanken der Arbeitsbeschaffung. Die Deutsche Reichsbahn hat in den

vergangenen Jahren zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und zur Erhaltung der für die Volkswirtschaft wie für die Reichsbahn wichtigen Industrien und Gewerbebetriebe viele Hunderte von Millionen ausgegeben. Sie wird in Zukunft die Arbeitsbeschaffung und Auftragsverteilung in verstärkter Umfange fortsetzen.

Schon jetzt konnten mit Hilfe der beteiligten Länder die Mittel beschafft werden für die Elektrifizierung von Strecken in einer Gesamtlänge von 209 Kilometern. Die Aufträge für diese Elektrifizierung im Werte von rund 39 Millionen Mark entfallen zu etwa 1/3 auf die Eisen-, Lokomotiv- und Wagenaufwerke. Der Rest entfällt auf das Hoch- und Tiefbauwesen, auf die Baustoffindustrie und auf sonstige Aufwendungen.

An der Lösung der „Deutschen Bahnspedition“ vom Sächsischen Konzern gab der Verwaltungsrat seine Zustimmung. Die Deutsche Bahnspedition betreibt nach wie vor kein Kundengeschäft, sondern verrichtet nur verbetriebsorganisatorische und Werberarbeiten für die Reichsbahn.

„Arbeit und Brot.“

Zum ersten Kongress der deutschen Arbeitsfront. Wie die Pressestelle der NSD. mitteilt, sind die Arbeiten zur Eingliederung der deutschen Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen in den neuen Staatsaufbau so weit voranschritten, daß bereits für die kommende Woche

Aufruf des Reichskanzlers.

Die NSD. meldet: Reichskanzler Adolf Hitler erklärt folgenden Aufruf:

„Ein denkwürdiger Tag ist vorüber, der erste Feiertag der nationalen Arbeit. In überwältigender, noch nie dagewesenen Ausdehnungen hat sich das deutsche Volk zur Ehre der deutschen Arbeit und des deutschen Arbeiterturnus bekennt. Über ganz Deutschland hin hat dieses wunderbare Bekenntnis in tausendfachen Demonstrationen ergreifenden Ausdruck gefunden.“

Aber dieser historische Tag darf nicht vorbeiziehen, ohne daß der elementare Gefühlsausbruch des Volkes auch einen bleibenden Ausdruck findet, und ohne daß dieses ideale Bekenntnis auch seinen materiellen Niederschlag in einer Leistung der Dankbarkeit findet.“

Sieben deutsche Bergarbeiter, Angehörige des Arbeiterhandes, dem das Los der härtesten Arbeit zugefallen ist, sind am Vorabend des 1. Mai einem furchtbaren Unglück zum Opfer gefallen und auf dem Felde der Arbeit geblieben. Witwen und Waisen sind ihrer Ernährer beraubt worden. Der Tod dieser Helden soll der ganzen Nation der Anlaß sein, eine Stiftung zu errichten,

aus der von jetzt an alle Soldaten der Arbeit, die auf dem Felde des Kampfes um das tägliche Brot fallen, die

ausreichende Versorgung ihrer Familien gewährleistet wird. Es darf nicht mehr vorkommen, daß in Zukunft solche Opfer der Arbeit auf die knappen Leistungen der öffentlichen Fürsorge angewiesen sind. Es ist vielmehr eine Ehrenpflicht aller Deutschen, insbesondere aber der begüterten unter ihnen, hier ihr Bestes und Möglicstes zu tun.“

Ich rufe hiermit zur Errichtung einer Stiftung für die Opfer der Arbeit auf. Aus ihr sollen in Zukunft die Hinterbliebenen aller deutschen Arbeiter, die in ihrem Berufe tödlich verunglückt sind, unterstützt werden. Diese Stiftung kann nicht groß genug sein. Sie muß ein sichtbares Symbol der Ehrfurcht des deutschen Volkes vor der nationalen Arbeit und ein Denkmal der unzerstörbaren Gemeinschaft aller Klassen und Stände untereinander werden.“

Wenden für diese Stiftung können auf das Konto: „Stiftung für Opfer der Arbeit“ bei der Reichs-Kredit-Gesellschaft, Berlin W. 8, Konto Nr. 117 49 eingezahlt werden. Die Verwendung der Mittel wird von einem Ehrenaufsicht bestimmt, der sich aus folgenden Personen zusammensetzt: Walter Schumann, Fritz Lehmann, Dr. Emil Georg von Stauff.

Berlin, den 4. Mai 1933.
Der Reichskanzler, gen. Adolf Hitler“

Letzte Nachrichten.

Die heutige Kabinettsitzung.

Berlin, 5. Mai. (Eig. Funtm.) Heute nachmittag findet in der Reichskanzlei zunächst eine Ministerbesprechung über die politische Lage statt. Anschließend tritt das Reichskabinettsamt zusammen, um sich mit einer Reihe wirtschaftlicher Fragen zu befassen. Auf der Tagesordnung steht u. a. das Gesetz zum Schutze des Einzelhandels; ferner die Frage des Zugabeverbotes, wobei es noch dahingestellt ist, ob es zu einem allgemeinen Zugabeverbot kommen wird. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung ist das Gesetz über die Zulassung von Steuerberatern. Außerdem dürfen noch Fragen besprochen werden, die mit dem Arbeitsdienst bzw. dem Reichsministerium für Jugendberufshilfe zusammenhängen.

Empfänge beim Reichskanzler.

Berlin, 5. Mai. (Eig. Funtm.) Reichskanzler Adolf Hitler empfängt im Laufe des heutigen Tages den früheren deutschen Botschafter in Washington von Wittwig und Gaffron, ferner Prof. Junters, den anhaltischen Ministerpräsidenten Freyberg, sowie den Präsidenten des preuss. Staatsrates Dr. Ley, der über die Maßnahmen des Aktionsausschusses zum Schutze der deutschen Arbeit Mitteilung erhaltet wird. Außerdem wird der Reichskanzler den Oberbürgermeister von Leipzig,

Dr. Goebeler, zusammen mit Vertretern der Kommunalverbände empfangen. Es dürfte sich hierbei um Fragen der Arbeitslosenhilfe handeln.

Die Stahlhelm-Selbsthilfe.

Berlin, 5. Mai (Eig. Funtm.) Das Bundesamt des Stahlhelms, Bund der Frontkämpfer, teilt mit: Bei den Verhandlungen, die über die Eingliederung der Stahlhelm-Selbsthilfe geführt wurden, war auf allen Seiten Meberzweckung darüber vorhanden, daß bis zur endgültigen Regelung, die alle Beteiligten betrifft, die Gleichberechtigung der Stahlhelm-Selbsthilfe besteht.

Der Reichsinnenminister wird die Sonneberger Spielzeugschau eröffnen.

Weimar, 5. Mai. (Eig. Funtm.) Wie die Staatliche Pressestelle mitteilt, wird Reichsinnenminister Dr. Fritsch am Sonnabend, dem 6. Mai, in Vertretung des Reichskanzlers die große Spielzeugschau in Sonneberg eröffnen. Da Dr. Fritsch erst um 17 Uhr in Sonneberg eintreffen kann, ist die Eröffnung um 12 Uhr angelegt. Eröffnung um 17 Uhr verschoben worden.

Fortsetzung der neuesten Nachrichten